Bundesgesetzblatt

Teil I

Z 1997 A

1968 | Ausgegeben zu Bonn am 21. Dezember 1968 | Nr. 94

Tag	Inhalt	Seite
18. 12. 68	Verordnung über verwandte Handwerke	1355
18. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr Bundesgesetzbl. III 9241-9	1357
19. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung Bundesgesetzbl. III 9232-1	1361
19. 12. 68	Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr ausländischer Unternehmer	1364
19. 12. 68	Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten	1366
19. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten	1368
19. 12. 68	Dritte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-VO 1969)	1370
19. 12. 68	Verordnung zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) an den Zolltarif	1374
19. 12. 68	Verordnung über die Verlängerung der Zuckerungsfrist bei Wein des Jahrgangs 1968	1375
20. 12. 68	Zwölfte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes Bundesgesetzbl. III 8232-5	1376
20. 12. 68	Zweite Verordnung über die Bestimmung der Beitragsklassen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten (Zweite Beitragsklassen-Verordnung — 2. BKIV)	1378
19. 12. 68	Bekanntmachung der Neufassung der Anlage L zur Außenwirtschaftsverordnung Bundesgesetzbl. III 7400-1-1	1379

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften 1385

Verordnung über verwandte Handwerke

Vom 18. Dezember 1968

Auf Grund des § 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. 1966 I S. 1), geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzblatt I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die in der Anlage zu dieser Verordnung in Spalte I aufgeführten Handwerke sind mit den unter der gleichen Nummer in Spalte II aufgeführten Handwerken im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 2 der Handwerksordnung verwandt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 128 der Handwerksordnung auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1968

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schiller

Anlage
(zu § 1)

Verzeichnis der verwandten Handwerke

Spalte I	Spalte II
1. Bäcker	Konditoren
2. Bandagisten	Orthopädiemechaniker
3. Beton- und Stahlbetonbauer	Maurer
4. Böttcher	Weinküfer
5. Bootsbauer	Schiffbauer
6. Damenschneider	Herrenschneider
7. Dreher	Maschinenbauer (Mühlenbauer)
8. Feinmechaniker	Maschinenbauer (Mühlenbauer)
9. Feintäschner	Sattler
10. Galvanoplastiker	Stereotypeure
11. Glaser	Glasschleifer und Glasätzer
12. Glasschleifer und Glasätzer	Glaser
13. Graveure	Werkzeugmacher
14. Gürtler und Metalldrücker	Schlosser; Silberschmiede
15. Herrenschneider	Damenschneider
16. Holzbildhauer	Steinmetzen und Steinbildhauer
17. Karosseriebauer	Wagner
18. Klempner	Kupferschmiede
19. Konditoren	Bäcker
20. Kupferschmiede	Klempner
21. Landmaschinenmechaniker	Schmiede
22. Maschinenbauer (Mühlenbauer)	Dreher; Feinmechaniker; Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker); Schlosser; Werkzeugmacher
23. Maurer	Beton- und Stahlbetonbauer
24. Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker)	Maschinenbauer (Mühlenbauer); Werkzeugmacher
25. Orthopädiemechaniker	Bandagisten
26. Sattler	Feintäschner
27. Schiffbauer	Bootsbauer
28. Schlosser	Gürtler und Metalldrücker; Maschinenbauer (Mühlenbauer); Schmiede; Werkzeugmacher
29. Schmiede	Landmaschinenmechaniker; Schlosser
30. Silberschmiede	Gürtler und Metalldrücker
31. Steinmetzen und Steinbildhauer	Holzbildhauer
32. Stereotypeure	Galvanoplastiker
33. Wagner	Karosseriebauer
34. Weinküfer	Böttcher
35. Werkzeugmacher	Graveure; Maschinenbauer (Mühlenbauer); Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker); Schlosser

Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr

Vom 18. Dezember 1968

Auf Grund des § 52 des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1464), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. November 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1150), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 3 wird aufgehoben.
2. § 6 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

   „An Stelle der Durchschläge der Beförderungs- und Begleitpapiere kann eine Monatsübersicht über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr nach Formblatt der Anlage 2 eingereicht werden."
3. In § 6 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b wird das Wort „Zusammenstellung" durch die Worte „Monatsübersicht nach Formblatt der Anlage 2" ersetzt.
4. Formblatt der Anlage 2 wird das dieser Verordnung anliegende Formblatt „Monatsübersicht über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr".

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Wittrock

Anlage 2
(Vorderseite links)

Monatsübersicht

über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr

Monat _____ **19**__

Name (Firma): _____

Gegenstand des Unternehmens: _____

in _____, Kreis _____
(Ort)

Straße _____ Nr. _____

	Kraftfahrzeug*) Lastkraftwagen ☐ Zugmaschine ☐ (auch Lastkraftwagen mit Spezialaufbau und Sonderkraftfahrzeuge zur Lastenbeförderung) (auch Sattelzugmaschine)	Mit nebenstehendem Kraftfahrzeug zusammen im Werkfernverkehr verwendete Anhänger (auch Sattelanhänger)		
		1	2	3
Amtliches Kennzeichen				
Nutzlast in kg bei LKW und Anhänger				
Leistung in PS bei Zugmaschine				
Standort des Kraftfahrzeugs	a) Ort			
	b) Kreis			

*) Zutreffendes ankreuzen

Es wird versichert, daß alle in obigem Monat begonnenen Beförderungen im Werkfernverkehr in dieser Zusammenstellung vollständig enthalten und die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Diesem Deckblatt sind _____ Fortsetzungsblätter beigefügt.

_____, den _____ 19____

_____
(Firmenstempel und Unterschrift)

Anlage 2
(Vorderseite rechts)

Zur Beachtung

Diese Monatsübersicht ist wie folgt auszufüllen und einzureichen:

1. Unternehmen, die Werkverkehr betreiben, der nach dem Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs (StraGüVStG) steuerpflichtig ist, fertigen die Monatsübersicht in zwei Stücken; es sind alle Beförderungen im Werk**fern**verkehr und im grenzüberschreitenden Werk**nah**verkehr aufzunehmen, auch soweit einzelne Beförderungen steuerfrei sind. Ein Stück ist als Anlage zur Steuererklärung dem Finanzamt, das zweite Stück (Durchschrift oder Ablichtung) der zuständigen Außenstelle der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr einzureichen.
2. Unternehmen, die keinen Werk**fern**verkehr, aber steuerpflichtigen grenzüberschreitenden Werk**nah**verkehr durchführen, reichen die Monatsübersicht dem **Finanzamt** in einem Stück als Anlage zur Steuererklärung ein.
3. Unternehmen, die **ausschließlich** steuerfreien Werk**fern**verkehr betreiben, reichen die Monatsübersicht der zuständigen Außenstelle der **Bundesanstalt** für den Güterfernverkehr in einem Stück monatlich ein.
4. Die Monatsübersicht ist für jedes im Werkverkehr eingesetzte Kraftfahrzeug und für jeden Kalendermonat gesondert auszufüllen. Sie ist dem Finanzamt und der Außenstelle der Bundesanstalt bis zum 20. des dem Beförderungsmonat folgenden Monats einzureichen.

   Bei vierteljährlicher Abgabe der Steuererklärung ist das für das **Finanzamt** bestimmte Stück bis zum 20. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats einzureichen.
5. Bei Verwendung von Fortsetzungsblättern bitte diese fortlaufend numerieren.
6. Der Standort eines Kraftfahrzeuges ergibt sich aus §§ 6, 6a und 51 des Güterkraftverkehrsgesetzes.
7. Erläuterungen zu den Spalten:

zu Spalte 2 und 3:	Bei Beförderungen nach oder von Orten außerhalb des Bundesgebietes genauen Grenzübergang angeben. Bei grenzüberschreitendem Werk**nah**verkehr ist neben der Angabe des Grenzüberganges der Buchstabe „N" zu setzen.
zu Spalte 4a:	Hier ist die Kilometeranzahl der für den gewerblichen Güterfernverkehr vorgeschriebenen Tarifentfernung einzutragen.
zu Spalte 4b:	Spalte 4b ist nur auszufüllen, wenn eine Kürzung der Tarifentfernung nach § 2 Nr. 6 Buchstabe m StraGüVStG um 50 km oder nach § 3 Abs. 7 StraGüVStG um 170 km zulässig ist.
zu Spalte 5:	Die beförderten Güter sind möglichst genau zu bezeichnen, z. B. Holzfässer, elektrische Kochtöpfe, Nähmaschinenmöbel, Leergut, Sammelbezeichnungen wie Nahrungsmittel, Kraft- und Treibstoffe, Getränke, Düngemittel reichen nicht aus.
zu Spalte 6:	In Spalte 6 ist als Rohgewicht das Gewicht des beförderten Gutes einschließlich des Gewichtes der Umschließung für die Aufbewahrung und der besonderen Umschließung für den Versand anzugeben.
zu Spalte 7:	Das Rohgewicht der auf einer Fahrt beförderten Güter in Spalte 6 ist auf 100 kg nach oben aufzurunden und in Tonnen umzuwandeln (100 kg = 0,1 t); z. B. 13815 kg = 13,9 t. Werden auf einer Fahrt Güter von oder zu verschiedenen Be- oder Entladestellen befördert, so ist das Rohgewicht für Teilbeförderungen von unterschiedlicher Entfernung gesondert auf hundert Kilogramm aufzurunden.
zu Spalten 4, 6 und 7:	**Besonderheiten bei Sammel- und Verteilerfahrten:** Werden viele kleine Sendungen von oder zu verschiedenen Be- oder Entladestellen befördert, so darf von nach dem StraGüVStG steuerpflichtigen Unternehmen (s. o. Nummern 1 und 2) das Gesamtrohgewicht auf 100 kg nach oben aufgerundet und als Tarifentfernung die längste Beförderungsstrecke zugrunde gelegt werden, wenn dies in der Monatsübersicht kenntlich gemacht wird (z. B. „Verteilerfahrt", „Sammelfahrt" oder ein „P" unter der tkm-Eintragung). Unternehmen, die ausschließlich steuerfreien Werkfernverkehr betreiben, (s. o. Nr. 3) können Erleichterungen für die Eintragung derartiger Fahrten beim Kraftfahrt-Bundesamt, 239 Flensburg, Postfach, beantragen.
zu Spalte 8:	Bei Fahrten ohne Anhänger bitte hier eintragen „o. A." = ohne Anhänger.
zu Spalten 9—13:	Diese Spalten brauchen nicht von den Unternehmen ausgefüllt zu werden, die ausschließlich steuerfreien Werk**fern**verkehr betreiben (s. o. Nr. 3). Die Tonnenkilometer ergeben sich durch Vervielfachung der in Spalte 4a oder 4b angegebenen Kilometeranzahl mit der in Spalte 7 angegebenen Tonnenanzahl. Der Steuersatz richtet sich nach der Nutzlast von Kraftfahrzeug und Anhänger insgesamt, mit denen die Beförderung durchgeführt wurde. Er beträgt 5 Pf/tkm bei 6000 kg und mehr Nutzlast, 4 Pf/tkm bei 5000 kg bis 5999 kg Nutzlast, 3 Pf/tkm bei 4000 kg bis 4999 kg Nutzlast. Die ermäßigten Steuersätze von 2,5 und 2 und 1,5 Pf/tkm gelten nur in den Fällen des § 5 StraGüVStG. Die in Betracht kommenden **Steuersätze** sind in den Kopf der Spalten 9—12 einzutragen. Sind einzelne Beförderungen steuerfrei, sind die Tonnenkilometer in Spalte 13 einzutragen.

Anlage 2
(Rückseite — Hochformat DIN A 3)

Nutzlast des Kraftfahrzeugs ..... kg

Zeile Nr.	Tag der Beförderung	a) Beladeort/Kreis b) Grenzübergang	a) Entladeort/Kreis b) Grenzübergang	Entfernung in km a) Tarifentf., b) gekürzte Tarifentf.	Genaue Bezeichnung und Art der beförderten Güter	Rohgewicht je Güterart in kg	Aufgerund. Rohgewicht in t	Gesamtnutzlast des Lastzuges (einschl. Anhänger) in kg	Geleistete Tonnenkilometer zum Steuersatz von ..... Pf tkm	..... Pf tkm	..... Pf tkm	..... Pf tkm	Steuerfrei tkm
1	2	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1		a) b)	a)	a) b)									
2		a) b)	a)	a) b)									
18		a) b)	a)	a) b)									
19		a) b)	a)	a) b)									
20		a) b)	a)	a) b)									
							Summe bzw. Zwischensumme						

Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 3 sowie der §§ 28 und 29 des Straßenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 837), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Dezember 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 897), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. Oktober 1968 (Bundesgesetzblatt I S. 1093), wird wie folgt geändert:

1. § 13 wird wie folgt geändert:
   a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
      „Verkehrszentralregister".
   b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
      „(1) Das Kraftfahrt-Bundesamt erfaßt in einem Register (Verkehrszentralregister)
      1. folgende Entscheidungen der Verwaltungsbehörden:
         a) rechtskräftige Entscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen eine Geldbuße von mehr als zwanzig Deutsche Mark festgesetzt worden ist,
         b) rechtskräftige Entscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen ein Fahrverbot nach § 25 des Straßenverkehrsgesetzes angeordnet worden ist,
         c) die unanfechtbare oder vorläufig wirksame Entziehung einer Fahrerlaubnis nach § 4 des Straßenverkehrsgesetzes,
         d) die unanfechtbare oder vorläufig wirksame Entziehung einer Fahrlehrerlaubnis nach § 11 der Fahrlehrerverordnung,
         e) die unanfechtbare Versagung einer Fahrerlaubnis nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Straßenverkehrsgesetzes,
         f) die unanfechtbare Versagung einer Fahrlehrerlaubnis nach § 3 der Fahrlehrerverordnung,
         g) die unanfechtbare Ablehnung eines Antrags auf Verlängerung der Geltungsdauer einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 15f Abs. 2,
         h) unanfechtbare Verbote, ein Fahrzeug zu führen nach § 3,
         i) die unanfechtbare Aberkennung des Rechts, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen nach § 11 Abs. 2 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr,
         k) die unanfechtbare Versagung und Rücknahme von Genehmigungen und Erlaubnissen nach § 10 Abs. 1, den §§ 78, 81 und 88, nach § 91 Abs. 1 und § 96 des Güterkraftverkehrsgesetzes,
         l) die unanfechtbare Versagung von Genehmigungen nach § 15 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes und die unanfechtbare Rücknahme von Genehmigungen nach § 25 des Personenbeförderungsgesetzes;
      2. folgende Entscheidungen der Gerichte:
         a) rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen eine Geldbuße von mehr als zwanzig Deutsche Mark festgesetzt worden ist,
         b) rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen ein Fahrverbot nach § 25 des Straßenverkehrsgesetzes angeordnet worden ist,
         c) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach den §§ 142, 315b, 315c, 316 und 316a des Strafgesetzbuches, den §§ 21 und 22 des Straßenverkehrsgesetzes, § 6 des Pflichtversicherungsgesetzes und § 9 des Gesetzes über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger,
         d) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach den §§ 222, 230, 315 und 315a des Strafgesetzbuches, wenn sie im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr begangen worden sind,
         e) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach § 330a des Strafgesetzbuches, wenn sie sich auf eine der unter Buchstabe c oder d genannten mit Strafe bedrohten Handlungen beziehen,
         f) rechtskräftige Verurteilungen, bei denen auf ein Fahrverbot nach § 37 des Strafgesetzbuches erkannt worden ist,
         g) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen das Recht, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen, nach § 42o Abs. 1 des Strafgesetzbuches aberkannt worden ist,

h) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen die Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 42m des Strafgesetzbuches angeordnet worden ist,

i) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen eine Sperre nach § 42n Abs. 1 Satz 2 des Strafgesetzbuches angeordnet worden ist,

k) vorläufige Entziehungen der Fahrerlaubnis nach § 111a der Strafprozeßordnung,

l) Beschlüsse nach § 42n Abs. 7 des Strafgesetzbuches;

3. die Aufhebung oder Abänderung einer nach den Nummern 1 und 2 eingetragenen Entscheidung im Gnadenwege;

4. Verzichte auf die Fahrerlaubnis oder Fahrlehrerlaubnis während eines Entziehungsverfahrens."

c) Absatz 2 wird gestrichen.

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

In Satz 1 wird hinter dem Wort „Gesamtstrafe" der Klammerzusatz „(§ 74 des Strafgesetzbuches)" eingefügt.

2. § 13a wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „in der Kartei" durch die Worte „im Verkehrszentralregister" ersetzt.

b) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Eintragungen in das Verkehrszentralregister sind nach Ablauf einer bestimmten Frist zu tilgen. Die Frist beginnt mit dem im Verkehrszentralregister vermerkten Tag der beschwerenden Entscheidung. Nebenstrafen und Nebenfolgen werden bei der Berechnung der Frist nicht berücksichtigt. Die Frist beträgt:

1. zwei Jahre

a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a und b sowie Nr. 2 Buchstaben a und b,

b) wenn auf Geldstrafe von nicht mehr als fünfhundert Deutsche Mark, auf Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel erkannt worden ist,

c) wenn die Schuld nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes festgestellt, die Jugendstrafe nach § 20 des Jugendgerichtsgesetzes zur Bewährung ausgesetzt oder eine Verurteilung nach § 13 Abs. 2 Satz 2 eingetragen worden ist,

2. drei Jahre

a) wenn auf Jugendstrafe erkannt worden ist,

b) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, e, h und i, Nr. 2 Buchstaben f, g, h und i, wenn der Betroffene im Zeitpunkt der beschwerenden Entscheidung noch nicht achtzehn Jahre alt war,

3. fünf Jahre

a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben h und i sowie Nr. 2 Buchstaben f und g,

b) wenn auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Monaten oder auf Geldstrafe von mehr als fünfhundert Deutsche Mark erkannt worden ist,

4. zehn Jahre

a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, d, e, f, g, k und l sowie Nr. 2 Buchstaben h, i und k sowie Nr. 4,

b) wenn auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten — mit Ausnahme von Jugendstrafe — erkannt worden ist,

5. dreißig Jahre

in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, d, h und i, Nr. 2 Buchstaben g, h und i, sofern sich die Entscheidung auf einen längeren Zeitraum als 10 Jahre bezieht.

(2) Eintragungen von Freiheitsstrafen hindern die Tilgung der Eintragung anderer gerichtlicher Entscheidungen und Entscheidungen einer Verwaltungsbehörde wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes."

c) Absatz 3 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Eintragungen über Entscheidungen, wenn sie im Strafregister nach § 8 des Straftilgungsgesetzes der beschränkten Auskunft unterworfen werden, wenn die Tilgung oder die Beseitigung des Strafmakels (§ 96 Abs. 3 Satz 1 und § 97 des Jugendgerichtsgesetzes) angeordnet oder wenn die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig aufgehoben wird,".

d) In Absatz 5 erhält Satz 2 folgende Fassung:
„Dies gilt nicht, wenn eine Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig aufgehoben worden ist."

e) In Absatz 7 werden die Worte „der Kartei" durch die Worte „dem Verkehrszentralregister" ersetzt.

3. § 13b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 1, 3 und 4 werden die Worte „die Kartei" durch die Worte „das Verkehrszentralregister" ersetzt.

Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. rechtskräftige Beschlüsse, durch welche die Wiederaufnahme eines Verfahrens angeordnet wird, das durch eine im Verkehrszentralregister eingetragene rechtskräftige Bußgeldentscheidung oder durch

ein im Verkehrszentralregister eingetragenes rechtskräftiges Urteil abgeschlossen worden ist,".

Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6 und erhält folgende Fassung:

„6. Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, durch die eine in das Verkehrszentralregister eingetragene Entscheidung rechtskräftig aufgehoben oder geändert wird,".

Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7. Die Worte „der Kartei" werden durch die Worte „dem Verkehrszentralregister" ersetzt.

b) Absatz 2 wird gestrichen.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2. In Satz 2 wird das Wort „strafgerichtlichen" durch das Wort „gerichtlichen" ersetzt.

4. § 13c wird aufgehoben.

5. Der bisherige § 13d wird § 13c. Satz 3 wird gestrichen.

6. Der bisherige § 13e wird § 13d. Die Worte „§ 13c" werden durch die Worte „§ 30 des Straßenverkehrsgesetzes", die Worte „§ 13d" jeweils durch die Worte „§ 13c" ersetzt.

7. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Sonderbestimmungen für Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis

(1) Dem Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ist die deutsche Fahrerlaubnis für die entsprechende Klasse von Kraftfahrzeugen zu erteilen, wenn

1. keine Bedenken gegen seine Eignung bestehen,
2. er seinen Wohnsitz im Inland hat,
3. er sich seit einem Jahr überwiegend im Inland aufgehalten hat,
4. er während dieser Zeit ein Kraftfahrzeug der beantragten Fahrerlaubnisklasse geführt hat.

(2) Erfüllt der Antragsteller die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 2 bis 4 nicht, ist die Fahrerlaubnis zu erteilen, wenn er ausreichende Kenntnisse der deutschen Verkehrsvorschriften in einer Prüfung nachweist."

8. § 52 Abs. 4 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignet und nach dem Kraftfahrzeugschein als Pannenhilfsfahrzeuge anerkannt sind. Die Zulassungsstelle kann zur Vorbereitung ihrer Entscheidung die Beibringung des Gutachtens eines amtlich anerkannten Sachverständigen oder Prüfers für den Kraftfahrzeugverkehr darüber anordnen, ob das Kraftfahrzeug nach seiner Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignet ist;".

9. In § 72 Abs. 2 erhält die Übergangsbestimmung zu § 52 Abs. 4 (Kennleuchten für gelbes Blinklicht) folgende Fassung:

„§ 52 Abs. 4 Nr. 3 (Kennleuchten für gelbes Blinklicht für Pannenhilfsfahrzeuge)

Abschleppwagen sowie andere nach ihrer Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignete Kraftfahrzeuge, denen das Führen von Kennleuchten mit gelbem Blinklicht genehmigt worden ist, dürfen bis zum 1. Juli 1969 auch dann mit solchen Kennleuchten ausgerüstet sein, wenn sie noch nicht nach dem Kraftfahrzeugschein als Pannenhilfsfahrzeuge anerkannt sind."

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 166 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr ausländischer Unternehmer

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 103 Abs. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Genehmigung des nach § 8 Abs. 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes genehmigungspflichtigen grenzüberschreitenden Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen, die im Ausland oder in den unter ausländischer Verwaltung stehenden Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zugelassen sind, und für das Genehmigungsverfahren gelten von den Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes über die Genehmigung (Zweiter Abschnitt, Erster Titel) nur § 10 Abs. 3, § 11 Satz 3, § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1. Daneben sind die Vorschriften der §§ 2 bis 5 dieser Verordnung anzuwenden.

§ 2

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt, wenn der grenzüberschreitende Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen durchgeführt wird, die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zugelassen sind. Sie darf jeweils nur für ein einziges Kraftfahrzeug verwendet werden.

(2) Im übrigen wird die Genehmigung dem Unternehmer für ein bestimmtes Kraftfahrzeug erteilt.

(3) Die Genehmigung wird für einen bestimmten Zeitraum, der mindestens einen Kalendertag beträgt, erteilt. Die Zahl der Fahrten, die innerhalb dieses Zeitraums durchgeführt werden dürfen, kann beschränkt werden.

(4) Die Genehmigung ist im Fahrzeug mitzuführen und den zuständigen Kontrollbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 3

Die Genehmigung wird nur einem Unternehmer erteilt, der in dem Staat oder Gebiet, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, Güterkraftverkehr für andere betreiben darf und über den keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen seine Zuverlässigkeit ergeben.

§ 4

(1) Für die Erteilung der Genehmigung ist der Bundesminister für Verkehr zuständig.

(2) Die Genehmigung wird von der zuständigen Stelle des Staates oder Gebietes ausgegeben, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, falls dies internationale Verwaltungsabkommen vorsehen oder das Kraftfahrzeug in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zugelassen ist. In allen anderen Fällen wird die Genehmigung von der durch die Landesregierung bestimmten Behörde ausgegeben.

§ 5

Keiner Genehmigung bedürfen

1. die nach § 4 des Güterkraftverkehrsgesetzes von den Vorschriften dieses Gesetzes ausgenommenen Beförderungen;
2. die gelegentliche Beförderung von Gütern nach und von Flughäfen bei Umleitung der Flugdienste;
3. die Beförderung von Gepäck in Anhängern an Kraftfahrzeugen, mit denen bestimmungsgemäß Reisende befördert werden, und die Beförderung von Gepäck mit Fahrzeugen sämtlicher Art nach und von Flughäfen;
4. die Beförderung von beschädigten Fahrzeugen;
5. die Beförderung von Müll und Fäkalien;
6. die Beförderung von Tierkörpern zur Tierkörperbeseitigung;
7. die Beförderung von Kunstgegenständen und Kunstwerken;
8. die gelegentliche Beförderung von Gegenständen und Material ausschließlich zur Werbung und Unterrichtung;
9. die Beförderung von Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Schaustellungen oder Jahrmärkten sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen sowie
10. Beförderungen in einem Grenzgebiet mit einer Tiefe von 25 Kilometern in der Luftlinie diesseits der Grenze, wenn die Beförderung in einem

Grenzgebiet mit einer Tiefe von 25 Kilometern in der Luftlinie jenseits der Grenze beginnt oder endet und die Gesamtentfernung der Beförderung nicht mehr als 50 Kilometer in der Luftlinie beträgt.

§ 6

(1) Der grenzüberschreitende Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen, die im Ausland oder in den unter ausländischer Verwaltung stehenden Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zugelassen sind, ist genehmigungspflichtig.

(2) Für die Genehmigung und das Genehmigungsverfahren gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 5 dieser Verordnung. Daneben sind von den Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes über die Genehmigung (Zweiter Abschnitt, Erster Titel) § 10 Abs. 3, § 11 Satz 3, § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 entsprechend anzuwenden.

§ 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine der Vorschriften des § 2 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 4 verstößt.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 103 Abs. 3 und des § 57 Abs. 2 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Erteilung und Entziehung der Gemeinschaftsgenehmigungen, die nach der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Juli 1968 über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 175 S. 13 und Nr. L 233 S. 6) der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen werden, gelten neben den Vorschriften dieser Verordnung die Vorschriften des § 10 Abs. 1 und 2, § 11 Satz 2 und 3, § 13 Abs. 1, § 15 Abs. 1 und 5, § 19 und § 78 des Güterkraftverkehrsgesetzes sinngemäß.

§ 2

Die Gemeinschaftsgenehmigung wird nur einem Unternehmer erteilt, der

1. Inhaber einer Genehmigung für den allgemeinen oder den grenzüberschreitenden Güterfernverkehr oder für den Möbelfernverkehr ist und
2. die Voraussetzungen dafür erfüllt, daß die Genehmigung hinreichend und nicht nur auf bilaterale Beförderungen beschränkt ausgenutzt wird.

§ 3

Die Gemeinschaftsgenehmigung darf jeweils nur für ein einziges Fahrzeug verwendet werden, für das nach § 11 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes eine Genehmigung für den allgemeinen oder den grenzüberschreitenden Güterfernverkehr oder den Möbelfernverkehr erteilt ist. Die Genehmigung ist im Fahrzeug mitzuführen und den zuständigen Kontrollbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 4

(1) Für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen im Rahmen der der Bundesrepublik Deutschland zugewiesenen Gesamtzahl ist der Bundesminister für Verkehr zuständig.

(2) Die Grundsätze für die Erteilung und das dabei anzuwendende Verfahren werden durch eine Richtlinie geregelt, die der Bundesminister für Verkehr im Benehmen mit den obersten Verkehrsbehörden der Länder erläßt.

§ 5

(1) Zuständige Stelle im Sinne des Artikels 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 ist die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

(2) Bei der Übermittlung der nach Artikel 5 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 vorgeschriebenen Angaben, die monatlich in vierfacher Ausfertigung an die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr zu erfolgen hat, nämlich

- der technischen Merkmale der verwendeten Fahrzeuge,
- des Ortes der Beladung und Entladung,
- des Tages und der Stunde der Abfahrt vom Ort der Beladung und des Tages und der Stunde der Ankunft am Ort der Entladung,
- der Fahrtstrecke mit Ladung und ohne Ladung,
- des Gewichtes und der Art der beförderten Waren,

hat der Inhaber einer Gemeinschaftsgenehmigung ein Formular nach dem Muster zu verwenden, das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch die Verordnung Nr. 1224/68 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 204 S. 1) festgelegt ist.

(3) Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr leitet die Angaben monatlich an den Bundesminister für Verkehr zur Übermittlung an die Kommission weiter.

(4) Die Angaben dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Die Verwendung für steuerliche Zwecke und die Weitergabe an Dritte ist nicht statthaft.

§ 6

Die Gemeinschaftsgenehmigung kann unbeschadet der Vorschriften des § 78 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Falle einer unzureichenden oder auf bilaterale Beförderungen beschränkten Ausnutzung auf Grund der Angaben nach § 5 entzogen werden.

§ 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine der Vorschriften des § 3 oder des § 5 Abs. 2 verstößt.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 35 Abs. 1 und des § 83 des Saatgutverkehrsgesetzes vom 20. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 444) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten vom 10. Juni 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 617) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden hinter der Zahl „10" ein Komma und die Zahl „11" eingefügt.

2. § 1 Abs. 1 erhält folgenden neuen Satz 3:
„Für Saatgut von Sorten der in der Anlage 1 unter der laufenden Nummer 11 aufgeführten Art ist eine Einfuhr nur bis zum 30. Juni 1970 und ein Vertrieb nur bis zum 30. Juni 1972 unter der dort aufgeführten Bezeichnung zulässig."

3. In § 2 Satz 1 wird die Jahreszahl „1970" durch die Jahreszahl „1972" ersetzt.

4. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:
   a) In der laufenden Nummer 28 werden hinter der Sortenbezeichnung „Westländer" die synonyme Bezeichnung „(Westo)*)" und in der laufenden Nummer 31 hinter der Sortenbezeichnung „Winterfürst" die synonyme Bezeichnung „(Wigro)*)" eingefügt.
   b) Die folgenden laufenden Nummern werden durch Aufnahme der nachstehenden Sortenangaben ergänzt:

Lfd. Nr.	Art und Bezeichnung der Sorte
23	**Speisezwiebeln**
	Braunschweiger dunkelblutrote
	Fortuna
	Produrijn
	Ruby
	Weiße Frühlingszwiebel
25	**Rote Rüben**
	Ägyptische plattrunde
	Asgrow Wonder
	Red Pack
28	**Grünkohl**
	Vates
29	**Rotkohl**
	Gebeha
30	**Weißkohl**
	Augusta
	Antiplatz
	Dural
	Vezufa
31	**Wirsing**
	Algro
	Groenland
	Novum
	Zwijndrechter Put
32	**Herbstrüben, Stoppelrüben**
	Brabo
	Herniefesta
	Rodeleicht
33	**Mairüben**
	Holländische Weiße
34	**Möhren**
	Amsterdamer Treib
	Berlicumer
	Fancy
	Hicolor 9
	Long Imperator
35	**Petersilie**
	Bravour
	Plain
39	**Rettich**
	Langer schwarzer
	Runder schwarzer
40	**Radieschen**
	Early Scarlet Globe
	Globemaster
	Halblanges rotes mit weißer Spitze
	Kabouter
	Red Prince
	Stoplite
41	**Feldsalat**
	Rouen
42	**Dicke Bohnen, Puffbohnen**
	Canner 45
	Compacta Bont

c) Hinter den laufenden Nummern 33 und 40 werden folgende laufende Nummern 33a und 40a eingefügt:

33 a	**Endivie**
	Gelber Escariol
	Grüne große krause
	Rosa Bella
	Solida
40 a	**Schwarzwurzeln**
	Westlandia

d) Die Sortenangaben in den laufenden Nummern 36, 37 und 38 werden gestrichen.

5. In der Anlage 2 werden folgende laufende Nummern angefügt:
   8. Buschbohnen
   9. Stangenbohnen
   10. Gemüseerbsen.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 87 des Saatgutverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Hermann Höcherl

Dritte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-VO 1969)

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 33 Abs. 6, des § 33a Satz 3, des § 33b Abs. 5 Satz 3, des § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung vom 20. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 141), geändert durch das Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Satz 3, § 33b Abs. 5 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 2

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 3

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 4

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

a) Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 100 bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 6,68 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 4,25 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

b) Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 100 je Stufe ein Betrag in Höhe von 2,70 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

§ 5

Diese Verordnung gilt zur Feststellung der in § 1 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche für Zeiträume im Kalenderjahr 1969 bestehen.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 91 des Bundesversorgungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Anlage zu § 1

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente

Gültig für das Kalenderjahr 1969

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten								Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um					Witwen	Vollwaisen	Halbwaisen	Elternpaar	Elternteil
				100 v. H.	90 v. H.	80 v. H.	70 v. H.	50,60 v. H.					
bis zu DM	bis zu DM		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
147	64	0	0	270	240	200	165	120	150	110	80	200	135
153	68	1	2	268	238	198	163	118	148	108	78	198	133
160	72	2	5	265	235	195	160	115	145	105	75	195	130
167	76	3	8	262	232	192	157	112	142	102	72	192	127
173	81	4	10	260	230	190	155	110	140	100	70	190	125
180	85	5	13	257	227	187	152	107	137	97	67	187	122
187	89	6	16	254	224	184	149	104	134	94	64	184	119
193	93	7	18	252	222	182	147	102	132	92	62	182	117
200	98	8	21	249	219	179	144	99	129	89	59	179	114
207	102	9	24	246	216	176	141	96	126	86	56	176	111
213	106	10	27	243	213	173	138	93	123	83	53	173	108
220	110	11	29	241	211	171	136	91	121	81	51	171	106
227	115	12	32	238	208	168	133	88	118	78	48	168	103
233	119	13	35	235	205	165	130	85	115	75	45	165	100
240	123	14	37	233	203	163	128	83	113	73	43	163	98
247	127	15	40	230	200	160	125	80	110	70	40	160	95
253	132	16	43	227	197	157	122	77	107	67	37	157	92
260	136	17	45	225	195	155	120	75	105	65	35	155	90
267	140	18	48	222	192	152	117	72	102	62	32	152	87
273	144	19	51	219	189	149	114	69	99	59	29	149	84
280	149	20	54	216	186	146	111	66	96	56	26	146	81
287	153	21	56	214	184	144	109	64	94	54	24	144	79
293	157	22	59	211	181	141	106	61	91	51	21	141	76
300	161	23	62	208	178	138	103	58	88	48	18	138	73
307	166	24	64	206	176	136	101	56	86	46	16	136	71
314	170	25	67	203	173	133	98	53	83	43	13	133	68
320	174	26	70	200	170	130	95	50	80	40	10	130	65
327	178	27	72	198	168	128	93	48	78	38	8	128	63
334	183	28	75	195	165	125	90	45	75	35	5	125	60
340	187	29	78	192	162	122	87	42	72	32	2	122	57
347	191	30	81	189	159	119	84	39	69	29	0	119	54
354	195	31	83	187	157	117	82	37	67	27		117	52
360	200	32	86	184	154	114	79	34	64	24		114	49
367	204	33	89	181	151	111	76	31	61	21		111	46
374	208	34	91	179	149	109	74	29	59	19		109	44
380	212	35	94	176	146	106	71	26	56	16		106	41
387	217	36	97	173	143	103	68	23	53	13		103	38
394	221	37	99	171	141	101	66	21	51	11		101	36
400	225	38	102	168	138	98	63	18	48	8		98	33
407	229	39	105	165	135	95	60	15	45	5		95	30
414	234	40	108	162	132	92	57	12	42	2		92	27
420	238	41	110	160	130	90	55	10	40	0		90	25
427	242	42	113	157	127	87	52	7	37			87	22
434	246	43	116	154	124	84	49	4	34			84	19
440	251	44	118	152	122	82	47	2	32			82	17
447	255	45	121	149	119	79	44	0	29			79	14
454	259	46	124	146	116	76	41		26			76	11
460	263	47	126	144	114	74	39		24			74	9
467	268	48	129	141	111	71	36		21			71	6
474	272	49	132	138	108	68	33		18			68	3
481	276	50	135	135	105	65	30		15			65	0
487	280	51	137	133	103	63	28		13			63	
494	285	52	140	130	100	60	25		10			60	
501	289	53	143	127	97	57	22		7			57	

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten								Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit	übrige Einkünfte			Beschädigte mit einer MdE um					Witwen	Vollwaisen	Halbwaisen	Elternpaar	Elternteil
				100 v. H.	90 v. H.	80 v. H.	70 v. H.	50,60 v. H.					
bis zu DM	bis zu DM		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
507	293	54	145	125	95	55	20		5			55	
514	297	55	148	122	92	52	17		2			52	
521	302	56	151	119	89	49	14		0			49	
527	306	57	153	117	87	47	12					47	
534	310	58	156	114	84	44	9					44	
541	314	59	159	111	81	41	6					41	
547	319	60	162	108	78	38	3					38	
554	323	61	164	106	76	36	1					36	
561	327	62	167	103	73	33	0					33	
567	331	63	170	100	70	30						30	
574	336	64	172	98	68	28						28	
581	340	65	175	95	65	25						25	
587	344	66	178	92	62	22						22	
594	348	67	180	90	60	20						20	
601	353	68	183	87	57	17						17	
607	357	69	186	84	54	14						14	
614	361	70	189	81	51	11						11	
621	365	71	191	79	49	9						9	
627	370	72	194	76	46	6						6	
634	374	73	197	73	43	3						3	
641	378	74	199	71	41	1						1	
648	382	75	202	68	38	0						0	
654	387	76	205	65	35								
661	391	77	207	63	33								
668	395	78	210	60	30								
674	399	79	213	57	27								
681	404	80	216	54	24								
688	408	81	218	52	22								
694	412	82	221	49	19								
701	416	83	224	46	16								
708	421	84	226	44	14								
714	425	85	229	41	11								
721	429	86	232	38	8								
728	433	87	234	36	6								
734	438	88	237	33	3								
741	442	89	240	30	0								
748	446	90	243	27									
754	450	91	245	25									
761	455	92	248	22									
768	459	93	251	19									
774	463	94	253	17									
781	467	95	256	14									
788	472	96	259	11									
794	476	97	261	9									
801	480	98	264	6									
808	484	99	267	3									
815	489	100	270	0									
821	493	101	272										
828	497	102	275										
835	501	103	278										
841	506	104	280										
848	510	105	283										
855	514	106	286										
861	518	107	288										
868	523	108	291										
875	527	109	294										
881	531	110	297										
888	535	111	299										
895	540	112	302										
901	544	113	305										
908	548	114	307										
915	552	115	310										
921	557	116	313										
928	561	117	315										
935	565	118	318										

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen	Ausgleichsrenten								Elternrenten	
				Beschädigte mit einer MdE um					Witwen	Vollwaisen	Halbwaisen		
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit bis zu DM	übrige Einkünfte bis zu DM		DM	100 v. H. DM	90 v. H. DM	80 v. H. DM	70 v. H. DM	50,60 v. H. DM	DM	DM	DM	Elternpaar DM	Elternteil DM
941	569	119	321										
948	574	120	324										
955	578	121	326										
961	582	122	329										
968	586	123	332										
975	591	124	334										
982	595	125	337										
988	599	126	340										
995	603	127	342										
1 002	608	128	345										
1 008	612	129	348										
1 015	616	130	351										
1 022	620	131	353										
1 028	625	132	356										
1 035	629	133	359										
1 042	633	134	361										
1 048	637	135	364										
1 055	642	136	367										
1 062	646	137	369										
1 068	650	138	372										
1 075	654	139	375										
1 082	659	140	378										
1 088	663	141	380										
1 095	667	142	383										
1 102	671	143	386										
1 108	676	144	388										
1 115	680	145	391										
1 122	684	146	394										
1 128	688	147	396										
1 135	693	148	399										
1 142	697	149	402										
1 149	701	150	405										
1 155	705	151	407										
1 162	710	152	410										
1 169	714	153	413										
1 175	718	154	415										
1 182	722	155	418										
1 189	727	156	421										
1 195	731	157	423										
1 202	735	158	426										
1 209	739	159	429										
1 215	744	160	432										
1 222	748	161	434										
1 229	752	162	437										
1 235	756	163	440										
1 242	761	164	442										
1 249	765	165	445										
1 255	769	166	448										
1 262	773	167	450										
1 269	778	168	453										
1 275	782	169	456										
1 282	786	170	459										
1 289	790	171	461										
1 295	795	172	464										
1 302	799	173	467										
1 309	803	174	469										
1 316	807	175	472										

Verordnung zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) an den Zolltarif

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 26 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 545), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 18. Oktober 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 991), wird verordnet:

§ 1

Die Liste der dem Steuersatz von fünfundeinhalb vom Hundert unterliegenden Gegenstände (Anlage 1 des Gesetzes) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:
   „a) Pferde, ausgenommen Wildpferde (aus Nr. 01.01 – A des Zolltarifs),".
2. Die Klammerhinweise in Nummer 18 Buchstaben c und d werden jeweils durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 12.07 – K des Zolltarifs)" ersetzt.
3. Der Klammerhinweis in Nummer 21 Buchstabe c wird durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 15.03 – C des Zolltarifs)" ersetzt.
4. Nummer 34 erhält folgende Fassung:
   „34. Speisesalz, nicht in wäßriger Lösung (aus Nr. 25.01 – A – II – b des Zolltarifs)."
5. Der Klammerhinweis in Nummer 42 Buchstabe d wird durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 44.09 des Zolltarifs)" ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 32 des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1968 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Grund

Verordnung über die Verlängerung der Zuckerungsfrist bei Wein des Jahrgangs 1968

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Weingesetzes vom 25. Juli 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 356), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), in Verbindung mit dem Gesetz über den Übergang von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Rechts des Gesundheitswesens vom 29. Juli 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 560) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Weine des Jahrgangs 1968 wird die Zuckerungsfrist des § 3 Abs. 2 des Weingesetzes bis zum 31. März 1969 verlängert.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes vom 4. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 595) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Gesundheitswesen
In Vertretung
Prof. Dr. von Manger-Koenig

Zwölfte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes

Vom 20. Dezember 1968

Auf Grund des § 1256 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 33 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Anlage zu § 1 Abs. 3 der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 9. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 696) wird durch die dieser Verordnung als Anlage beigefügte Tabelle für das Kalenderjahr 1967 ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 § 6 des Arbeiterrentenversicherungs - Neuregelungsgesetzes und Artikel 3 § 5 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 20. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Rentenversicherung der Arbeiter — Rentenversicherung der Angestellten
Kalenderjahr 1967

Tabelle A — Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark

	0	1 000,—	2 000,—	3 000,—	4 000,—	5 000,—	6 000,—	7 000,—	8 000,—	9 000,—	10 000,—	11 000,—	12 000,—	13 000,—	14 000,—	15 000,—	16 000,—
0	—	9,79	19,57	29,36	39,14	48,93	58,71	68,50	78,29	88,07	97,86	107,64	117,43	127,21	137,00	146,79	156,57
100,—	0,98	10,76	20,55	30,34	40,12	49,91	59,69	69,48	79,26	89,05	98,84	108,62	118,41	128,19	137,98	147,76	157,55
200,—	1,96	11,74	21,53	31,31	41,10	50,89	60,67	70,46	80,24	90,03	99,81	109,60	119,39	129,17	138,96	148,74	158,53
300,—	2,94	12,72	22,51	32,29	42,08	51,86	61,65	71,44	81,22	91,01	100,79	110,58	120,36	130,15	139,94	149,72	159,51
400,—	3,91	13,70	23,49	33,27	43,06	52,84	62,63	72,41	82,20	91,99	101,77	111,56	121,34	131,13	140,91	150,70	160,49
500,—	4,89	14,68	24,46	34,25	44,04	53,82	63,61	73,39	83,18	92,96	102,75	112,54	122,32	132,11	141,89	151,68	161,46
600,—	5,87	15,66	25,44	35,23	45,01	54,80	64,59	74,37	84,16	93,94	103,73	113,51	123,30	133,09	142,87	152,66	162,44
700,—	6,85	16,64	26,42	36,21	45,99	55,78	65,56	75,35	85,14	94,92	104,71	114,49	124,28	134,06	143,85	153,64	163,42
800,—	7,83	17,61	27,40	37,19	46,97	56,76	66,54	76,33	86,11	95,90	105,69	115,47	125,26	135,04	144,83	154,61	164,40
900,—	8,81	18,59	28,38	38,16	47,95	57,74	67,52	77,31	87,09	96,88	106,66	116,45	126,24	136,02	145,81	155,59	—

Tabelle B — Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark

	0	10,—	20,—	30,—	40,—	50,—	60,—	70,—	80,—	90,—
0	—	0,10	0,20	0,29	0,39	0,49	0,59	0,68	0,78	0,88
1,—	0,01	0,11	0,21	0,30	0,40	0,50	0,60	0,69	0,79	0,89
2,—	0,02	0,12	0,22	0,31	0,41	0,51	0,61	0,70	0,80	0,90
3,—	0,03	0,13	0,23	0,32	0,42	0,52	0,62	0,71	0,81	0,91
4,—	0,04	0,14	0,23	0,33	0,43	0,53	0,63	0,72	0,82	0,92
5,—	0,05	0,15	0,24	0,34	0,44	0,54	0,64	0,73	0,83	0,93
6,—	0,06	0,16	0,25	0,35	0,45	0,55	0,65	0,74	0,84	0,94
7,—	0,07	0,17	0,26	0,36	0,46	0,56	0,66	0,75	0,85	0,95
8,—	0,08	0,18	0,27	0,37	0,47	0,57	0,67	0,76	0,86	0,96
9,—	0,09	0,19	0,28	0,38	0,48	0,58	0,68	0,77	0,87	0,97

Zweite Verordnung über die Bestimmung der Beitragsklassen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten (Zweite Beitragsklassen-Verordnung — 2. BKlV)

Vom 20. Dezember 1968

Auf Grund des § 1387 Abs. 1 und des § 1388 der Reichsversicherungsordnung sowie des § 114 Abs. 1 und des § 115 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für Pflichtversicherte, die selbst die Beiträge zu entrichten haben (§ 1405 der Reichsversicherungsordnung und § 127 des Angestelltenversicherungsgesetzes), werden nach der Höhe der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte oder Bruttoarbeitseinkommen folgende Beitragsklassen bestimmt:

Beitragsklasse	Bruttoarbeitsentgelt oder Bruttoarbeitseinkommen im Monat	Monatsbeitrag
100	bis 150 DM	16 DM
200	von mehr als 150 bis 250 DM	32 DM
300	von mehr als 250 bis 350 DM	48 DM
400	von mehr als 350 bis 450 DM	64 DM
500	von mehr als 450 bis 550 DM	80 DM
600	von mehr als 550 bis 650 DM	96 DM
700	von mehr als 650 bis 750 DM	112 DM
800	von mehr als 750 bis 850 DM	128 DM
900	von mehr als 850 bis 950 DM	144 DM
1000	von mehr als 950 bis 1 050 DM	160 DM
1100	von mehr als 1 050 bis 1 150 DM	176 DM
1200	von mehr als 1 150 bis 1 250 DM	192 DM
1300	von mehr als 1 250 bis 1 350 DM	208 DM
1400	von mehr als 1 350 bis 1 450 DM	224 DM
1500	von mehr als 1 450 bis 1 550 DM	240 DM
1600	von mehr als 1 550 bis 1 650 DM	256 DM
1700	von mehr als 1 650 DM	272 DM

§ 2

Für die Weiterversicherung (§ 1233 der Reichsversicherungsordnung und § 10 des Angestelitenversicherungsgesetzes) werden folgende Beitragsklassen bestimmt:

Beitragsklasse	Monatsbeitrag
100	16 DM
200	32 DM
300	48 DM
400	64 DM
500	80 DM
600	96 DM
700	112 DM
800	128 DM
900	144 DM
1000	160 DM
1100	176 DM
1200	192 DM
1300	208 DM
1400	224 DM
1500	240 DM
1600	256 DM
1700	272 DM

§ 3

Für die Höherversicherung (§ 1234 der Reichsversicherungsordnung und § 11 des Angestelltenversicherungsgesetzes) werden folgende Beitragsklassen bestimmt:

Monatsbeitrag
16 DM
48 DM
80 DM
128 DM
176 DM
224 DM
272 DM

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 21 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Erste Beitragsklassen-Verordnung vom 27. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1368) außer Kraft.

Bonn, den 20. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Bekanntmachung der Neufassung der Anlage L zur Außenwirtschaftsverordnung

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 2 der Fünfzehnten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 5. Dezember 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1306) wird nachstehend der Wortlaut der Anlage L zur AWV in der jetzt geltenden Fassung bekanntgegeben, wie sie sich aus der oben angeführten Änderungsverordnung und der auf Grund der Neunten Änderungsverordnung vom 23. August 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 521) bekanntgegebenen Neufassung der AWV vom 20. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. 1967 I S. 1) und der Elften Verordnung zur Änderung der AWV vom 29. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 614) ergibt.

Die Rechtsvorschriften sind auf Grund des § 27 in Verbindung mit den §§ 2, 5 bis 8 Abs. 1 und 3, §§ 10, 11, 14, 17, 18, 20, 21, 23, 26, § 33 Abs. 2 bis 5, §§ 34 und 46 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Durchführungsgesetzes EWG Getreide, Reis, Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch sowie des Zuckergesetzes vom 30. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 874), erlassen worden.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Dr. von Dohnanyi

Anlage L
zur Außenwirtschaftsverordnung

Länderliste C

Albanien
Bulgarien
Korea, Nord-
Kuba
Mongolische Volksrepublik
Polen
Rumänien
Sowjetunion
Tschechoslowakei
Ungarn
Vietnam, Nord-
Volksrepublik China

Länderliste D

Belgien
Brasilien
Dänemark
Frankreich
Ghana
Griechenland
Großbritannien und Nordirland;
Antigua; Bahamainseln; Bermuda; Britisch-Honduras; Britische Salomoninseln; Britische Jungferninseln; Brunei; Falklandinseln; Fidschi; Gibraltar; Gilbert- und Ellice-Inseln; Hongkong [4]); Montserrat; Seychellen; St. Helena; St. Kitts; St. Lucia; St. Vincent; Windward-Inseln
Irland [1])
Italien
Japan
Jugoslawien [2])
Kanada
Luxemburg
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)
Mauritius
Marokko
Niederlande
Nigeria
Norwegen
Österreich
Portugal; Angola; Macau; Mosambik
Rhodesien, Süd-
Singapur
Spanien [3])
Südafrika, Republik [1])
Südjemen
Schweiz; Liechtenstein
Taiwan (Formosa)
Türkei
Tunesien
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:
Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jungferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe; Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam, Karolinen, Marianen, Marshallinseln
Vietnam, Süd-

1) = End Use Certificate
2) = Endverbleibsbestätigung
3) = Verbleibsbescheinigung der spanischen diplomatischen Vertretungen
4) = Einfuhrgenehmigung

Länderliste E

Land	Ausstellende Behörde
Australischer Bund	Department of Trade and Customs Canberra
Belgien	Office Central des Contingents et Licences Bruxelles
Bolivien	Banco Central La Paz
Bundesrepublik Deutschland	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft Frankfurt a. M.
Chile	Departamento del Cobre Jefe, Division Comercial Santiago
Dänemark	Handelsministeriets Licenskontor Kopenhagen K
Frankreich	Ministère de l'Economie et des Finances Direction Générale des Douanes et Droits Indirects Division G — Autorisations Commerciales Paris
Griechenland	Bank of Greece Athen
Großbritannien und Nordirland	The Controller Export Licensing Branch Board of Trade London E.C. 4
Gibraltar	The Controller of Civil Supplies Colonial Secretariat Gibraltar
Hongkong	Director of Commerce and Industry Hong Kong
Italien	Ministero delle Finanze Direzione Generale delle Dogane Roma
Japan	Ministry of International Trade and Industry Export Licensing Office Tokyo
Kanada	Chief Export and Import Permits Section Department of Trade and Commerce Ottawa
Luxemburg	Ministère dès Affaires Etrangères Office des Licences Luxembourg

Land	Ausstellende Behörde
Marokko	Direction du Commerce, Service du Commerce Extérieur, Bureau des Importations et Approvisionnements Généraux Rabat
Neuseeland	Controller of Customs Wellington
Niederlande	Centrale Dienst voor In- en Uitvoer Den Haag
Norwegen	Handelsdepartementet Direktoratet for eksport- og importregulering Oslo
Peru	Ministerio de Hacienda y Comercio Dirección General de Comercio Departamento de Exportaciones Lima
Philippinen	Export Control Committee Department of Commerce and Industry Manila
Portugal	Ministerio da Economia Direcçao-General do Comercio Repartiçao do Licenciamento do Comercio Externo Lisboa
Rhodesien, Süd-	Federal Ministry of Commerce and Industry Salisbury
Schweden*)	State Trade and Industry Commission Stockholm
Schweiz*)	Eidgenössisches Volksdepartement Handelsabteilung Sektion für Ein- und Ausfuhr Bern
Südafrika, Republik	Department of Commerce and Industries Pretoria
Türkei	Ministry of Commerce Department of Foreign Commerce Ankara
Tunesien	Direction des Finances Service des Finances Extérieures Tunis
Vereinigte Staaten von Amerika	United States Department of Commerce Office of Export Control Washington 25 D.C.

*) Bei Schweden und der Schweiz tritt an die Stelle des Durchfuhrberechtigungsscheins eine beglaubigte Abschrift der Ausfuhrgenehmigung.

Länderliste F 1

Albanien
Bulgarien
Ceylon
Chile
Ecuador
Kolumbien
Korea, Nord-
Kuba
Liberia
Mongolische Volksrepublik
Panama ohne Kanalzone
Polen
Rumänien
Sowjetunion
Syrien
Tschechoslowakei
Ungarn
Vereinigte Arabische Republik (Ägypten)
Vietnam, Nord-
Volksrepublik China

Länderliste F 2

Afghanistan
Algerien
Andorra
Angola
Argentinien
Aruba
Äthiopien
Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel; Kokosinseln
Bahrain
Barbados
Belgien-Luxemburg
Bhutan
Bolivien
Botsuana
Brunei
Burundi
Costa Rica
Curacao, einschl. Bonaire, Saba, St. Eustatius u. südl. Teil von St. Martin
Dahome
Dänemark und Färöer, Grönland
Dominikanische Republik
Elfenbeinküste
El Salvador
Falklandinseln
Finnland
Frankreich mit Monaco
Franz. Afar- und Issasgebiet
Gabun
Gambia
Ghana
Gibraltar
Griechenland
Großbritannien und Nordirland
Guadeloupe, einschl. St. Bartholémy; nördl. Teil von St. Martin; Les Santes; Désirade und Marie-Galante
Guatemala
Guayana
Guayana, Französisch-
Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln; Sao Tomé und Principe
Guinea
Guinea, Äquatorial-
Haiti
Honduras

Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda
Hongkong
Indien
Irak
Iran
Irland
Island
Israel
Italien mit San Marino
Jamaika
Japan
Jemen
Jordanien
Jugoslawien
Kambodscha
Kamerun
Kanada
Kanarische Inseln
Katar
Kenia
Komoren
Kongo (Brazzaville)
Kongo (Kinshasa)
Korea, Süd-
Kuwait
Laos
Lesotho
Libanon
Libyen
Macau
Madagaskar
Malawi
Malaysia (Malaiischer Bund; Sabah; Sarawak)
Malediven
Mali
Malta
Marokko
Martinique
Maskat und Oman; Befriedetes Oman
Mauretanien
Mauritius
Mosambik
Mexiko
Nauru
Nepal
Neukaledonien; Wallis- und Futunainseln
Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln
Nicaragua
Niederlande
Niger
Nigeria
Nordafrika, Spanisch-
Norwegen, Spitzbergen
Obervolta
Österreich
Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi; Gilbert- und Elice-Inseln; Canton und Enderbury; Tonga; Neue Hebriden
Pakistan
Paraguay
Peru
Philippinen
Polynesien, Französisch-
Portugal einschl. Azoren und Madeira
Réunion
Ruanda
Sambia
Saudi-Arabien
Schweden
Schweiz; Liechtenstein
Senegal
Seychellen, St. Helena
Sierra Leone
Sikkim
Singapur
Somalia
Spanien
St. Pierre und Miquelon
Sudan
Südafrika, Republik; Südwestafrika
Südjemen
Surinam
Swasiland
Taiwan (Formosa)
Tansania
Thailand (Siam)
Timor, Portugiesisch-
Togo
Trinidad und Tobago
Tschad
Türkei
Tunesien
Uganda
Vatikanstadt
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete: Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jungferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe; Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam, Karolinen, Marianen, Marshallinseln
Vietnam, Süd-
Westafrika, Spanisch-
Westindien, Britisch-
Westsamoa
Zentralafrikanische Republik
Zypern

Länderliste G 1

Afghanistan
Andorra
Angola
Aruba
Äthiopien
Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel; Kokosinseln
Bahrain
Belgien-Luxemburg
Bhutan
Birma
Botsuana
Brunei
Burundi
Ceylon
Costa Rica
Curacao einschl. Bonaire; Saba, St. Eustatius und südl. Teil von St. Martin
Dahome
Dänemark und Färöer, Grönland
Dominikanische Republik
Elfenbeinküste
El Salvador
Falklandinseln
Finnland
Frankreich
Französisches Afar- und Issasgebiet
Gabun
Gambia
Ghana
Gibraltar
Griechenland
Großbritannien und Nordirland
Guatemala
Guayana
Guayana, Französisch-
Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln; Sao Tomé und Principe
Guinea

Guinea, Äquatorial-
Haiti
Honduras
Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda
Hongkong
Irland
Island
Israel
Italien
Jamaika
Japan
Jemen
Jordanien
Kambodscha
Kamerun
Kanada
Kanarische Inseln
Katar
Kenia
Komoren
Kongo (Brazzaville)
Kongo (Kinshasa)
Korea, Süd-
Kuwait
Laos
Lesotho
Libanon
Liberia
Libyen
Macau
Madagaskar
Malawi
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)
Malediven
Mali
Malta
Maskat und Oman, Befriedetes Oman
Mauretanien
Mauritius
Mosambik
Nauru
Nepal
Neukaledonien, Wallis- und Futunainseln
Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln
Nicaragua
Niederlande
Niger
Nigeria
Nordafrika, Spanisch-
Norwegen, Spitzbergen
Obervolta
Österreich *)
Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi; Gilbert- und Ellice-Inseln; Canton und Enderbury; Tonga; Neue Hebriden
Panama ohne Kanalzone
Paraguay
Peru
Philippinen
Polynesien, Französisch-
Portugal einschl. Azoren und Madeira *)
Réunion
Ruanda
Sambia
Saudi-Arabien
Schweden *)
Schweiz; Liechtenstein
Senegal
Seychellen, St. Helena
Sierra Leone
Sikkim
Singapur
Somalia
Spanien *)
St. Pierre und Miquelon
Sudan
Südafrika, Republik; Südwestafrika
Südjemen
Surinam
Swasiland
Taiwan (Formosa)
Tansania
Thailand (Siam)
Timor, Portugiesisch-
Togo
Trinidad und Tobago
Tschad
Türkei
Tunesien
Uganda
Uruguay
Vatikanstadt
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:
Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jungferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe; Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam, Karolinen, Marianen, Marshallinseln
Vietnam, Süd-
Westafrika, Spanisch-
Westindien, Britisch-
Westsamoa
Zentralafrikanische Republik
Zypern

*) Nur bei Versicherungen nach § 49 Abs. 1 Nr. 3.

Länderliste G 2

Afghanistan
Andorra
Angola
Argentinien
Aruba
Äthiopien
Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel; Kokosinseln
Bahrain
Belgien-Luxemburg
Bhutan
Birma
Bolivien
Botsuana
Brasilien
Brunei
Burundi
Ceylon
Chile
Costa Rica
Curacao einschl. Bonaire; Saba, St. Eustatius und südl. Teil von St. Martin
Dahome
Dänemark und Färöer, Grönland
Dominikanische Republik
Ecuador
Elfenbeinküste
El Salvador
Falklandinseln
Finnland
Frankreich
Franz. Afar- und Issasgebiet
Gabun
Gambia
Ghana
Gibraltar

Griechenland
Großbritannien und Nordirland
Guatemala
Guayana
Guayana, Französisch-
Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln; Sao Tomé und Principe
Guinea
Guinea, Äquatorial-
Haiti
Honduras
Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda
Hongkong
Indien
Indonesien
Irak
Iran
Irland
Island
Israel
Italien
Jamaika
Japan
Jemen
Jordanien
Kambodscha
Kamerun
Kanada
Kanarische Inseln
Katar
Kenia
Kolumbien
Komoren
Kongo (Brazzaville)
Kongo (Kinshasa)
Korea, Süd-
Kuwait
Laos
Lesotho
Libanon
Liberia
Libyen
Macau
Madagaskar
Malawi
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)
Malediven
Mali
Malta
Marokko
Maskat und Oman, Befriedetes Oman
Mauretanien
Mauritius
Mexiko
Mosambik
Nauru
Nepal
Neukaledonien, Wallis- und Futunainseln
Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln
Nicaragua
Niederlande
Niger
Nigeria
Nordafrika, Spanisch-
Norwegen, Spitzbergen
Obervolta
Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi; Gilbert- und Ellice-Inseln; Canton und Enderbury; Tonga; Neue Hebriden
Pakistan
Panama ohne Kanalzone
Paraguay
Peru
Philippinen
Polynesien, Französisch-
Portugal einschl. Azoren und Madeira
Réunion
Ruanda
Sambia
Saudi-Arabien
Schweden
Schweiz; Liechtenstein
Senegal
Seychellen, St. Helena
Sierra Leone
Sikkim
Singapur
Somalia
St. Pierre und Miquelon
Sudan
Südafrika, Republik; Südwestafrika
Südjemen
Surinam
Swasiland
Taiwan (Formosa)
Tansania
Thailand (Siam)
Timor, Portugiesisch-
Togo
Trinidad und Tobago
Tschad
Türkei
Tunesien
Uganda
Uruguay
Vatikanstadt
Venezuela
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:
Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jungferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe; Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam, Karolinen, Marianen, Marshallinseln
Vietnam, Süd-
Westafrika, Spanisch-
Westsamoa
Zentralafrikanische Republik
Zypern

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum	Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
9. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1989/68 des Rates betreffend die Durchführung von Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung Nr. 25 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik für den Verbuchungszeitraum 1964/1965	11. 12. 68	L 297/1
9. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1990/68 des Rates zur Festsetzung der monatlichen Zuschläge zum Marktrichtpreis, zum Interventionspreis und zum Schwellenpreis für Olivenöl im Wirtschaftsjahr 1968/1969	11. 12. 68	L 297/2
6. 12. 68	Entscheidung Nr. 1991/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen des belgischen Königreichs zugunsten der Unternehmen des Steinkoblenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/12
6. 12. 68	Entscheidung Nr. 1992/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/14
6. 12. 68	Entscheidung Nr. 1993/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen des Königreichs der Niederlande zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/17
6. 12. 68	Entscheidung Nr. 1994/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen der Französischen Republik zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/18
9. 12. 68	Entscheidung Nr. 1995/68/EGKS der Kommission, mit der die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt wird, die Mengen zollfreier Einfuhrkontingente im Rahmen der für das zweite Halbjahr 1968 getroffenen halbjährlichen Zollmaßnahmen zu ändern	12. 12. 68	L 298/20
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1996/68 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	11. 12. 68	L 297/3
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1997/68 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	11. 12. 68	L 297/4
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1998/68 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	11. 12. 68	L 297/6
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 1999/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	11. 12. 68	L 297/7
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2000/68 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor für den am 23. Dezember 1968 beginnenden Zeitraum	11. 12. 68	L 297/8
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2001/68 der Kommission über den Verkauf bestimmter Erzeugnisse, die Gegenstand von Interventionsmaßnahmen auf dem Schweinefleischsektor gewesen sind	11. 12. 68	L 297/12
10. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2002/68 der Kommission zur Änderung des Betrages der Beihilfe für Ölsaaten	11. 12. 68	L 297/14
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2003/68 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	12. 12. 68	L 298/1
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2004/68 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	12. 12. 68	L 298/2

Datum	Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2005/68 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	12. 12. 68	L 298/4
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2006/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	12. 12. 68	L 298/5
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2007/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse	12. 12. 68	L 298/6
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2008/68 der Kommission zur Festsetzung der Erstattung bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand von Weißzucker und Rohzucker	12. 12. 68	L 298/7
11. 12. 68	Verordnung (EWG) Nr. 2009/68 der Kommission zur Festsetzung der Ausschreibungsbedingungen für den Verkauf im Besitz der französischen Interventionsstelle befindlicher Sonnenblumenkerne	12. 12. 68	L 298/9

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., 5 Köln 1, Postfach.
Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalter. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je 8,50 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,40 DM gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt" Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.
Preis dieser Ausgabe 0,80 DM zuzüglich Versandgebühr 0,20 DM.
Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.